



Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft finanzieren - Steuereinnahmen steigern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass das Land für eine nachhaltige Sanierung des Landeshaushaltes nicht nur Sparmaßnahmen umsetzen muss, sondern auch auf zusätzliche Einnahmen angewiesen ist. Mit dem von der Bundesregierung am 07. Juni 2010 vorgelegten Sparpaket wird eine Einnahmesteigerung für die Länder nicht erreicht. Außerdem sind die Belastungen sozial ungerecht.

A

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für folgende Maßnahmen einzusetzen:

1. Rücknahme des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zu Kinderfreibeträgen und Kindergeld.
2. Reduzierung der ermäßigten Mehrwertsteuer auf den ursprünglichen Zweck, die Verteilungswirkung bei Grundbedürfnissen zu mindern. Dazu gehören neben der Ernährung, dem Nahverkehr und der Kultur auch die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen.
3. Vereinfachung der Einkommenssteuer einschließlich einer aufkommensneutralen Beseitigung der kalten Progression und des Mittelstandsbauchs und Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 %.
4. Einführung einer Vermögensabgabe zur Tilgung der Schulden aus der aktuellen Krise. Daneben sind Finanzinstitute durch eine Bankenabgabe - gemäß ihrem sektoralen Risikopotenzial – an diesen Kosten besonders zu beteiligen und gleichzeitig angehalten, endlich eine nachhaltige Risikovorsorge aufzubauen.
5. Neuregelung und Modernisierung der Erbschaft- und Schenkungssteuer. Ziel muss es sein, große Erbschaften stärker als bisher zur Finanzierung öffentli-

cher Aufgaben heranzuziehen. Größere Vermögen sollen künftig verstärkt zum Erbschaftssteueraufkommen beitragen, während kleine Vermögen durch Freibeträge verschont werden.

6. Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer – zur Not auch mit den europäischen Staaten, die Willens sind („Verstärkte Zusammenarbeit“).
7. Einführung einer Brennelementesteuer und einer Kerosinsteuer für innerdeutsche Flüge.
8. Überführung des Solidaritätszuschlags jeweils hälftig in einen Altschuldentilgungsfonds und in einen Bildungsfonds.
9. Überführung der Landesfinanzverwaltung in eine Bundessteuerverwaltung.
10. Ernsthafte Bemühungen um die Bekämpfung der Steuerflucht und das Austrocknen der Steuer- und Regulierungsasen im europäischen und internationalen Ausland.

B

Der Landtag fordert die Landesregierung außerdem auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Maßnahmen, die die soziale Ungerechtigkeit vergrößern nicht umgesetzt werden. Dazu gehören zum Beispiel die aktuell von der Bundesregierung geplanten Einschnitte für Hartz IV-EmpfängerInnen.

Begründung:

Mit der Änderung der Landesverfassung und der Aufnahme der Schuldenbremse hat sich Schleswig-Holstein ein enges haushaltspolitisches Korsett zugelegt. Nachhaltig erfolgreich wird der Sanierungskurs aber nur sein, wenn das Land gleichzeitig in Bildung und Klimaschutz investiert. Nur so kann die Grundlage für einen dauerhaft tragfähigen Landeshaushalt und eine nachhaltige Entwicklung des Landes gelegt werden. Hinzu kommt, dass es vielen Kommunen nicht mehr möglich ist, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Deshalb muss sich die Landesregierung in Berlin für Steuererhöhungen zu Gunsten von Land und Kommunen einsetzen.

Monika Heinold
und Fraktion